

Bericht 2. Quartal 2011

In der als Anlage beigefügten Tabelle wird die ursprüngliche Planung für das aktuelle Jahr, die Ergebnisse des Vorjahres, die Quartalergebnisse, die Prognose bis zum Jahresende und in der Spalte Erläuterung eine kurze Erklärung zur Abweichung der Prognose vom Erfolgsplan genannt.

Pflegesatzerlöse:

Die Auslastung aller Gruppen im ersten Halbjahr lag im Durchschnitt bei 93,65% und damit leicht unter dem Planwert für 2011.

Die durchschnittliche Auslastung der Jugendwohngruppen einschließlich Mädchenwohngruppe lag durchschnittlich 0,65 % unter dem Soll. In einer Gruppe müssen Räume saniert werden. Dies führt voraussichtlich bis Ende 2011 dazu, dass mehrere Plätze in dieser Gruppe nicht belegt werden können. Im weiteren Verlauf des Jahres 2011 ist daher mit einer schlechteren durchschnittlichen Auslastungsquote für die Jugendwohngruppen zu rechnen.

Die Auslastung der Mutter-Kind-Gruppe lag mit rund 3,7% deutlich unter dem Soll. Im Mai und Juni wurden mehrere Mütter entlassen. Zum Zeitpunkt frei werdender Plätze liegen selten Anfragen für die sofortige Aufnahme von Müttern, die entweder schon ihr Kind haben oder nur wenige Wochen vor der Geburt stehen, vor. Außerdem wurden im ersten Quartal einige noch schwangere Mütter aufgenommen, so dass die Auslastung der Kinder-Plätze erst nach deren Geburt wieder steigt. Da jede Mutter-Kind-Gruppe über 7 Plätze für die Mütter verfügt, hat ein freier Platz prozentual größere Auswirkungen als ein freier Platz in den Regelwohngruppen, die 9 bis 10 Plätze anbieten. Die Auslastung ist im Juli gestiegen. Zur Zeit ist insgesamt nur noch ein Platz frei, der zeitnah wieder belegt werden kann. Die Auslastungsprognose für das 2. Halbjahr ist dementsprechend gut.

Die Tagesgruppe war mit 95,08% schlechter belegt als im ersten Quartal. Tendenziell ist nicht mit einer Vollbelegung zu rechnen.

Die Kinderwohngruppen waren fast voll belegt.

Die Belegung der Kindernotaufnahmen war im ersten Quartal sehr gut, im zweiten Quartal jedoch schlechter. Im ersten Halbjahr entsprach die durchschnittliche Auslastung dem Planwert.

Die Höhe der prognostizierten Pflegesatzerlöse liegt, trotz mehrerer nicht belegbarer Plätze in einer Jugendwohngruppe nur T€ 10 (dies entspricht 0,2%) unter dem Planwert. Die schlechteren Auslastungen der Jugendwohngruppen und der Mutter-Kind-Gruppen im ersten Halbjahr können durch die anderen Angebote voraussichtlich fast aufgefangen werden. Mögliche Veränderungen der einzelnen Entgeltsätze sind noch nicht in der Prognose berücksichtigt. Voraussichtlich werden die Entgelte noch in 2011 neu verhandelt. Die Tarifierhöhungen zum 1. Januar und 1. August 2011 sollen dann in Personalkostenanteil des Entgelts einfließen.

Sonstige Erträge:

Die Miet- und Nebenkostenerträge werden voraussichtlich rund T€ 3,6 höher ausfallen als geplant. Es wurden neue Vereinbarungen für die Zahlung der Nebenkosten getroffen. Die neue Vereinbarung mit dem Eigenbetrieb GMW für die Anmietung von Räumen, für eine Kindertagesstätte des SB 202, konnte bisher nicht einvernehmlich geschlossen werden. Insofern verzögert sich die Veränderung der Mieterträge und Nebenkosten für dieses Objekt. Daher war die Prognose der Mieterträge im ersten Quartalsbericht noch höher.

Die Erträge aus Seminarleistungen werden voraussichtlich geringer ausfallen. Die wöchentliche Vermietung, z.B. für einen Englischkurs, entfallen.

Die Erträge für Fachleistungsstunden werden höher ausfallen. Neben der Nachbetreuung wurden im ersten Halbjahr auch begleitend Fachleistungsstunden als Zusatzleistung für die individuelle Förderung erbracht. Es wird mit zusätzlichen Erträgen von T€ 4,5 gerechnet.

Da es seit Juni keine Zivildienstleistenden mehr gibt, wird auch der Zuschuss vom Bund für Zivildienstleistende entfallen. Die entsprechenden Erträge liegen daher leicht unter dem Planwert.

Die Erstattung von Versicherungen sowie die Rückzahlung von geleisteten Nebenkostenabschlägen für das Jahr 2010 sorgen für rund T€ 4 höhere sonstige Erträge.

Zinserträge:

Der EONIA-Zinssatz, auf dessen Basis der Sonderhaushalt verzinst wird, ist nach extremer Senkung im Jahr 2009 auf $\frac{1}{4}$ des durchschnittlichen Zinssatzes 2008 auch im Jahr 2010 weiter gesunken. Im ersten Quartal 2011 sind die EONIA-Zinssätze leicht angestiegen. Der Trend setzte sich im 2. Quartal fort. Es werden daher Zinserträge erwartet, die rund T€ 4 über dem Plan liegen.

Personalaufwand / außerordentlicher Aufwand:

Die Tarif- und Besoldungserhöhungen wurden in den Personalkosten berücksichtigt.

Nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurden die Bewertungsrichtlinien und damit die Pensionsverpflichtungen 2010 im Vergleich zu 2009 stark erhöht. Der Unterschiedbetrag kann auf bis zu 15 Jahre verteilt werden. KIJU wird voraussichtlich eine Verteilung auf fünf Jahre vornehmen. Der Betrag wird als außerordentlicher Aufwand ausgewiesen.

Hinzu kommt, dass aufgrund der Vorgaben des BilMoG der Anteil der Zinsen für den Vorjahresverpflichtungswert als Zinsaufwand und nicht mehr als Personalkosten ausgewiesen werden.

Da das versicherungsmathematische Gutachten zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung 2011 nicht vorlag wurden für 2011, mit T€ 35, insgesamt zu geringe Zuführungen zur Pensionsrückstellung einkalkuliert. Der Betrag wurde

komplett als Personalaufwand geplant. Die gesonderte Ausweisung der Zinsen wurde in der Planung nicht dargestellt.

Durch die neuen Berechnungsgrundlagen wurden in 2010 rund T€ 45,5 zuzüglich des Unterschiedbetrages in Höhe von T€ 40,5 verbucht. In 2011 wird dies voraussichtlich ähnlich sein. Es wird daher mit T€ 46 neuen Pensionsverpflichtungen gerechnet, wovon rund T€ 17 als Personalaufwand und T€ 29 als Zinsen angenommen werden. Hinzu kommt der Anteil des Unterschiedbetrages in der selben Höhe wie 2010, T€ 40,5, der als außerordentlicher Aufwand erfasst wird.

In allen drei Positionen zusammengefasst kommt es so zu höheren Aufwendungen für die Zuführung zur Pensionsrückstellung in Höhe von T€ 51,5.

Beim Personalaufwand für Beamte und TVÖD-Beschäftigte werden aufgrund der Aufteilung geringere Kosten für die Zuführung zur Pensionsrückstellung erwartet.

Durch Gesetzesänderungen wurde die Wehrpflicht und der Zivildienst abgeschafft. Ab dem 1.6.2011 wird es bei KIJU daher keinen Zivildienstleistenden mehr geben. Stattdessen wird zum 1.9.2011 ein junger Mann den Bundesfreiwilligendienst bei KIJU leisten. Es kommt diesbezüglich zu geringen Änderungen bei den entsprechenden Personalkosten.

Insgesamt wird mit geringeren Personalkosten in Höhe von T€ 33,6 gerechnet. Gleichzeitig wird sich aufgrund der geänderten Ausweisung der Pensionsrückstellung der außerordentliche Aufwand um T€ 40,5 und der Zinsaufwand voraussichtlich um T€ 29 erhöhen.

Sachaufwendungen:

Die Instandhaltungsaufwendungen werden den Planwert deutlich übersteigen. Es wird von mindestens T€ 60 ausgegangen. Neben umfangreichen Umbauarbeiten in einer Jugendwohngruppe zur Erweiterung der zur Zeit beengten räumlichen Gegebenheiten sind höhere Kosten für die Installation der Solaranlage am Jagdhaus entstanden, für die keine Rückstellung mehr zur Verfügung steht. Hinzu kommt die Beseitigung mehrerer Wasserschäden nach den Unwettern im August. Mit einer Übernahme der Kosten über die Gebäudeversicherung ist nicht zu rechnen, da es sich nicht um Leitungswasserschäden handelt.

Die Solaranlage am Jagdhaus wurde im ersten Quartal angeschlossen. Sie wird zur Warmwasserbereitung genutzt. Daher wird voraussichtlich weniger Heizöl an diesem Standort verbraucht. Jedoch ist der Heizölpreis im ersten Quartal 2011 wieder deutlich angestiegen. Insgesamt werden sich die Effekte voraussichtlich ausgleichen. Die ungleiche Verteilung der Kosten über die ersten beiden Quartale liegt an der Heizölbeschaffung, die bisher nur im ersten Quartals erfolgt ist.

Im ersten Halbjahr 2011 sind umfangreiche Fortbildungen / Auffrischungsfortbildungen für alle Mitarbeiter zum Thema „Methodische Betreuungsplanung“ erfolgt. Darüber hinaus werden die Teams generell supervisorisch begleitet. Der Planungsansatz wird voraussichtlich um T€ 8 überschritten.

Die belegungsabhängigen Aufwendungen waren im ersten Halbjahr auslastungsbedingt niedriger als geplant. Voraussichtlich werden rund T€ 15 weniger benötigt.

Der Mietaufwand wird etwas geringer ausfallen. In einem angemietetem Objekt müssen Räume nach einem Schaden grundsaniert werden. Für mehrere Monate wird in Absprache mit dem Vermieter keine Miete gezahlt.

Im geringen Umfang können die Aufwendungen für Verwaltungsbedarf sowie Abgaben und Versicherungen reduziert werden.

Es wird davon ausgegangen, dass bei den bezogenen Leistungen von Dritten insgesamt rund T€ 34 höhere Aufwendungen entstehen.

Zinsen:

Neben den Darlehenszinsen, die entsprechend der Tilgungspläne gezahlt werden erhöht sich der Zinsaufwand um voraussichtlich T€ 29 für die Verzinsung des Vorjahresverpflichtungswertes (s.o. Personalkosten , Pensionsrückstellung).

Zusammenfassung:

Sofern sich die Belegungssituation nicht deutlich verschlechtert oder weitere unvorhersehbare höhere Aufwendungen entstehen, werden am Jahresende die Aufwendungen die Erträge um T€ 65 übersteigen.

Der Betrieb bemüht sich weitere Maßnahmen zu entwickeln und zu veranlassen, um das Betriebsergebnis zu verbessern. Der städtische Haushalt würde bei einem negativen Betriebsergebnis nicht belastet, sofern der (voraussichtliche) Verlust mit den Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet würde.

Die Liquidität des Betriebes ist gut.